

mittwoch.  
die Befürchtung ab.  
Uner-  
terstützen, ihren  
noch an vielen  
in der Ge-  
der Prediger

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtsheim, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinerberg, Rülinga, Röhra, Lindhardt, Ponthen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erstchein wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 800.— ohne Auslagen, Voll  
entlast. der Postgeb., monatl. freibl. Mk. 800.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg,  
Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch  
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Bezugspreise: Die 8 gel. 1. Auflage 80.— Mk. auswärts 75.— Mk. Mitteld. Teil  
Mk. 100.— Reklameteile Mk. 150.— Beilageb. Nummer Mk. 2000.— Schwierig.  
Sob 50% Aufschlag. Annahme der Anzeige, bis 10 Uhr vormitt. des Erstcheinungstages,  
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.  
Bestellungen werden von den Ausländern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Grenz: Unt. Naunhof Nr. 2.

Nummer 19

Freitag, den 16. Februar 1923

34. Jahrgang

## Amtliches.

Die Ausgabe der Brothäuser findet Sonnabend, den 17. d. M.  
im Vorraum zu den Kaisergärtchen, Rathaus, Markt 1, 1 Treppe  
in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags statt.  
Es wird erwartet, daß möglichst alle Karten während der fest-  
gesetzten Ausgabezeit abgeholt werden.

Naunhof, den 15. Februar 1923.

Der Bürgermeister

Die Reichskommisarneuer auf die 1. Rate 1923, fällig am 15.  
Februar d. J., ist bis längstens den 5. März d. J. an die bietige  
Stadtverwaltung abzuhaben.

Naunhof, am 15. Februar 1923.

Der Bürgermeister

## kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Reichspräsident Ebert und Innenminister Oeser sprachen in  
der Ratsstadt über die Ziele des Abwehrkampfes gegen die Fran-  
zosen.

\* Unter einer Reihe neuer Gewalttaten im besetzten Gebiet  
ist die Verbüßung des Bürgermeisters von Essa hervorzuheben.

\* Die französische Regierung will eine Anleihe von 13 Milliarden Franc zur Deckung des Defizits im Etat aufnehmen.

\* Bonar Law verurteilte in seiner Unterhauserede die Ruhr-  
besetzung, erklärte aber, daß England keinen Grund zur Inter-  
vention habe.

\* Lord Grey verlangte im Oberhause einen Schiedsspruch des  
Völkerkundes über die Ruhrbefreiung.

## Ende der Entente?

Unsere Verständigung mit Amerika wird unsern Ein-  
fluss auf dem europäischen Festland verdreifachen, ja ver-  
vielfachen. Es wird es und nicht nur viel leichter  
machen, Frankreich zu überwinden, seinen e r z u s t e n  
Plan, Deutschland zu ruinieren, aufzugeben, seine Politik  
wird es auch für Frankreich einfacher machen, seine Politik  
zu ändern, ohne „Gefecht“ zu verlieren.

Was so die englische, früher sehr französischfreudliche  
Wochenzeitung "Spectator" vor einigen Tagen schrieb, deckt  
sich gedanklich und zielführend mit dem, was der englische  
Ministerpräsident Bonar Law ver-  
schrankt in der Thronrede, deutlicher in seinen eigenen  
Ergänzungsworten soeben bei der Eröffnung des Unter-  
hauses sagte. Gleichzeitig werden offiziell alle angeblich  
beworbenen englischen Interventionabsichten zwischen  
Deutschland und Frankreich wegen der Ruhrfrage demon-  
tiert. Die Thronrede will die französische Allianz nicht  
billigen oder mißbilligen, ihr aber keine Schwierigkeit de-  
reiten, — natürlich, um bei einem etwaigen Scheitern nicht  
von den Franzosen als Schuldige bezeichnet zu werden.

Bonar Law's Rede versuchte eine politisch voll-  
kommen überflüssige Unterredung der französischen  
Seelenzustände: einmal will Frankreich Geld von Deutsch-  
land haben, viel Geld, was man angemessen des gewaltigen  
Defizits im französischen Budget verstreben könne. Und auf  
der anderen Seite habe es eine noch gewaltigere Angst vor  
einem frätl. Deutschland der Zukunft, das dann zwar zahlen könne, aber vermutlich nicht wolle. Die  
Abdikation habe aber den ersten Wunsch nicht erfüllt, denn  
daraus folgt, daß Frankreich nicht soviel wertvoller  
als französisches Vorgehen. Das ist m a c h t p o l i t i c h,  
nicht wirtschaftspolitisch eingestellt. Darum ist es gleich-  
gültig, wenn Bonar Law hinzufügt, Frankreich habe durch  
die Abdikation sowohl sich selbst als auch Deutschland ein  
großes Unheil zugesetzt.

Sensationell sind aber seine Aussführungen über das  
Verbleiben der englischen Truppen im Brüsseler  
Königreich. Bonar Law erklärt nämlich, er wisse nicht,  
ob es möglich sein werde, sie dort zu belassen. Die Frage  
sei noch nicht klart, aber sie könnte klart werden. Er weiß  
nämlich genau, daß Frankreich nichts schwächer wünscht als  
den englischen Abmarsch. „Wenn uns unsere englischen  
Freunde den Gefallen tun würden, Köln und die ganze  
englische Zone zu verlassen, dann müßten wir mit den  
treuen Belgien zusammen die französische Rheinpolitik  
endlich durchführen.“ schreibt der frühere Sozialist, aber  
jetzt streitbare Chauvinist Herr von Léveillé in seiner „Véto“.  
Man wäre dann fröhlich unter sich und könnte machen,  
was man schon lange will. Wir haben in Deutschland die  
praktisch richtige Empfindung — theoretisch mag man  
anders urteilen, — daß der englische Abmarsch für uns  
verbündnisvoll wäre, wenn er bloß eine Sache bleibt. Und  
geben Bonar Law recht, wenn er seinen Worten: die fran-  
zösische oder die deutsche Regierung würde es vielleicht  
den englischen Truppen unmöglich machen, in Köln zu blei-  
ben“ hinzufügt, „das würde ein großes Unglück sein“. Nämlich für England, meint Bonar Law dabei; es  
würde in welchem Maße das Ende der Entente bedeuten,  
wenn England seine Truppen zurückzöge. Das  
ist keine Sache mehr, sondern eine Drohung.

Wobei man sich allerdings zu fragen hat, ob Voin-  
car denn auf die ganze Entente überhaupt auch nur das  
geringste Gewicht legt. Es ist ihm gar nicht recht, daß  
England durch die Belassung seiner Truppen in Köln noch  
„Rührung mit der Lage habe“. Die Zukunft macht ihm  
gar keine Sorge, auch nicht, daß Bonar Law darauf hofft,  
es werde irgend ein Ereignis eintreten, das England ge-  
stalten würde, in möglichster Weise zu intervenieren. Der  
Außenminister Vord Curzon hat dann hinzugefügt,

im Lärm der Argumente sinkt die Waghalsigkeit zugunsten  
der Beibehaltung der englischen Truppen am Rhein. Zur-  
zeit sei aber irgend eine Intervention im deutsch-französi-  
schen Konflikt zum Mißserfolg verurteilt.

Bonar Law's Rede im ganzen genommen ist schärfer  
gegen Frankreichs Vorgehen eingestellt, als man erwarten  
mußte. Sie bleibt aber — Rede. Wenn Lord Grey gleichzeitig im Oberhause die Haltung Frankreichs verurteilt,  
weil sie zu einem Unheil führe, ebenso aber die englische Politik der „getreuen Arme“ als falsch bezeichnet,  
so hat das alles für uns keinen praktischen Wert. Die  
Times haben nicht unrecht, wenn sie schreiben: „Die  
Tradition enger Freundschaft mit Frankreich und speziell  
die lebhaftste Erinnerung an die Kriegskameradschaft ver-  
hindert noch viele Engländer daran, die vollen Konse-  
quenzen der halsstarrigen französischen Ruhraktion für uns und die Welt zu begreifen.“ An  
einer Umstellung dieser Gesinnung arbeitet mit energischer  
Kraft niemand besser als Voincaré, und er wird  
über die Rede Bonar Laws nicht gerade erfreut sein.  
Aber in der Verfolgung seines Ziels werden ihm auch  
die Reden oder Redenarten seines englischen Kollegen  
nicht hinderlich. Daraus kann ihn nur hindern das deuti-  
sche Auszittern.

## Ein Abänderungsantrag.

Ein Abänderungsantrag der Arbeiterspartei erfordert, die  
augenblicklich ernste und gefährliche Lage der Dinge in  
Europa und im nahen Osten sei die schiere Quelle fünfjähriger  
Kriege und bedeute eine ernste Verschärfung der Arbeits-  
losigkeit und eine Verminderung der Löhne in Großbritannien.

## Enttäuschung in Frankreich.

Die Unterhausrede war in der öffentlichen Meinung in  
Frankreich schwerwiegend hervorgerufen. „Petit Pa-  
risien“ bemerkte zu der Rede Bonar Law, es sei klar, daß Eng-  
land den gesuchten Augenblick für eine Vermittlung abwartet.  
Man müsse fragen, welche Art von Vermittlung denkbare sei  
in einem Kampf, der von den Deutschen selbst als ein Kampf  
auf Leben und Tod“ bezeichnet werden sei. Die „Libre  
Parole“ meint, Voincaré werde das französische Volk einer  
Läufung preisgeben, wenn er daran festhalte, daß Frankreich  
mit den Verbündeten vereint bleiben müsse. Der „Gaulois“  
sieht den Hauptgegenstand zwischen Frankreich und England  
darin, daß England glaubt, daß Deutschland nach einigen Mo-  
naten wieder stark genug zum Zahlen sei. Frankreich dor-  
gegen sei davon überzeugt, daß Deutschland nach einer mehr  
jährigen Atempause stark genug wäre, um überzupacken mehr  
zu ziehen, sondern eher um einen neuen Krieg zu führen. (1)

## Das Abriegelungsgebiet.

### Der Mißserfolg der Gewalt.

„Die härteste Schlagader der europäischen Wirt-  
schaft“ wurde das Ruhrgebiet jetzt im englischen Parla-  
ment genannt, und die Wiederaufbau der Gewaltanwen-  
dung der Franzosen gegen diesen bisher empfindlichen Or-  
ganismus zieht auch im Ausland immer weitere Kreise.  
Der große Umfang des Territoriums, welches die Fran-  
zosen und Belgier jetzt hermeil vom übrigen Deutsch-  
land abschnüren suchen, geht aus der Karte hervor, aus  
den Äußerungen der französischen Presse aber erkennt man,  
zu welchem Mißserfolg diese Gewaltanwendung geführt hat.  
Man kann in Pariser Blättern das Eingeklammerte lesen:  
„Nicht wir haben die Rude, sondern die Rude hat uns“



oder „Wenn wir auch keinen Nutzen aus der Ruhraktion  
ziehen können, so soll wenigstens Deutschland auch keinen  
Nutzen mehr vom Ruhrgebiet haben.“

Die neue Parole „Verteidigung des Ruhrgebietes“  
wird den Franzosen ebenso wenig nützen, wie die bis-  
herigen Reichsbücher. Sie ist ja auch viel mehr nur dazu  
bestimmt, uns zu schaden.

## Die Ziele der Reichsregierung.

### Ein Wille, ein Weg und ein Sieg.

Die Reise durch Süddeutschland, die den Reichspräsidenten Ebert mit den Reichsministern Oeser und Dr. Albert weiter von Mannheim nach Darmstadt führte, mündete dort in eine eindrucksvolle Kundgebung gegen den räuberischen Einfall der Franzosen in deutsches Land, an der alle Bevölkerungskreise teilnahmen.

Reichspräsident Ebert betonte in seiner Ansprache, daß es sich bei dem französischen Unternehmen um die alten, Jahrhundertlangen Bestrebungen der französischen Politik handele, nicht nur am Rhein, sondern auch in Deutschland zu herrschen. Nord- und Süddeutschland sind in der Abwehr auf Tod und Leben miteinander verbunden. Der Reichspräsident schloß mit einem Appell, zusammenzustehen, Unterschiede in der Welt- und politischen An-  
schaunung zurückzustellen und alle Gedanken und Kräfte zu-  
sammenzufassen auf das große Ganze, um das es sich jetzt  
handelt. Unsere Parole muß sein: Ein Wille, ein Weg und  
ein Sieg.

Reichsminister Oeser sagte u. a.: Wir haben keine  
Macht, mit Kriegsmaschinen gegen die Franzosen vorzu-  
gehen. Nicht ein Schuß darf von deutscher Seite abge-  
geben werden. Wir führen uns auf das verletzte Recht,  
wir führen den Kampf als einen Kampf des Rechts gegen  
brutale Gewalt. Wir kämpfen für die Kultur. Wir kämpfen  
für das Recht, wir sind die Vorkämpfer der Freiheit  
in der Welt. Das sind unsere Ziele.

Bei der Abreise nach Berlin gab die Studentenschaft  
der Technischen Hochschule dem Reichspräsidenten und den  
Reichsministern unter dem Geist vaterländischer und  
studentischer Liebe das Geleit bis zur Abfahrt des Fahr-  
planmäßigen Busses, mit dem die Herren nach Berlin  
zurückkehrten.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Kohlensteuer und Kohlenpreis.

Der wirtschaftspolitische Anspruch des Reichswi-  
rtschaftsrats beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Kohlen-  
steuergefechts, das aus Anlaß der am 31. März ablaufenden  
Gültigkeitsdauer des bisherigen Gesetzes vorgelegt  
wurde. Es wurde grundsätzlich festgestellt, daß die Kohlen-  
steuer bei einem wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand unter  
gleicher Gleichverteilung der Industrie- an die Welt-  
marktpreise nicht aufrechterhalten werden kann. Bei der  
Erörterung der Kohlenpreise wurde festgestellt, daß  
die Preise im Kleinverkauf meist bis 200 % Zu-  
schlag zu den Binnenpreisen tragen. Der hohe Zuschlag ist  
zum Teil auf die Frachten, zum anderen auf den Zwischen-  
handel zurückzuführen. Von den Betreibern der Ver-  
braucher wurde die Verbilligung des Haushalts- und  
Handelspreises gefordert. Eine Rückvergütung der Kohlen-  
steuer wurde abgelehnt.

### Noch kein Ministerpräsident in Sachsen.

Unter stürmischen Zusammenstößen wurde im säch-  
sischen Landtag zum zweitenmal der Versuch unternommen,  
einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Der Versuch  
scheiterte abermals. Die Wahl verlief ergebnislos. Für  
Buck (Soz.) wurden 40, für Dr. Kaiser (D. Volksp.) 19 Stimmen,  
für Hofmann (Deutschpart.) 15, für Böttcher (Komm.) 10 und für Dr. Scherf (Dem.) 8 Stimmen ab-  
gegeben. Daraus gab Abg. Beutler namens der deutsch-  
nationalen Fraktion die Erklärung ab, wenn auch die  
nächste Wahl wiederum ergebnislos verlaufen sollte, werde  
seine Fraktion den Antrag auf Landtagsauflösung ein-  
bringen, weil dann die Unfähigkeit dieses Landtages, die  
Staatsgewalt zu seinem Teile auszuüben, dargetan sei.

### Frankreich.

× Schlechte Lage des Staatshaushalts und Milliarde-  
anleihe. Der französische Finanzminister hat dem Bureau  
der Kammer einen Gesetzentwurf übermittelt, der die Genehmigung  
zur Ausgabe einer Anleihe von 18 Milliarden  
Franz vorstellt.

Der ungedeckte Bedarf des französischen Staates entspricht einer Summe von 22 Billionen deutscher  
Papiermark. Er dürfte sich bei weiterer Fortsetzung  
des kostspieligen und unrentablen Ruhrabenteuers bald  
noch vergrößern.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Einigen Meldungen zufolge soll ein Besuch des  
Reichskanzlers im Laufe der Woche in München ange-  
kündigt worden sein. Diese Meldungen beruhen auf einem  
Terror. Dr. Gunz beginnt sich nicht nach München.

Berlin. Die ersten von der Reichsbank garantierten sog.  
nennen belgische Reichsbankwechsel sind am 15. Februar  
fällig. Die Reichsbank hat die Valuta in Höhe von rund 45  
Millionen Goldmark in London für die Rücklösung bereit-  
gestellt.

Berlin. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und  
braunschweigische Minister Waldbogdottir hat auf der  
Straße einen Schlaganfall erlitten und war sofort tot. Bogdottir  
verstarb im Reichstag des Wahlkreis 6 (Braunschweig). Er war  
63 Jahre alt.

Gesamtausgabe  
1497 Blätter  
Scheffel geb.  
1. 15. Beginn der  
Gewerbelebung

□ Neue Erk-  
ab werden die  
Schlafwagenplä-  
zchen einer Pre-  
isenschlafwagen-  
abteilung von 1500 Mark.

allein beschaffen,  
Bettkarre einschließen,  
Ein Platz im Fahrpreisabteilung und 300 Mark  
den im Vorver-  
kauf erhoben.

□ Die Stan-  
Lagezeitungen  
die Stammmein-  
nach einer und  
den soll. Die  
sachen. Es ist  
auf dem Betra-

□ Deutsche  
in den nächsten  
Ruhr-Hilfe au-  
ßen mit Ausst-  
100 Mark, eine  
und eine zu 20  
Marken sind in  
Lehr mit dem  
5 Mark werden  
Millionen, vor  
sicht.

† Groß. N.  
Wieder ist abg-  
holt und wieder  
wiedergabe des We-  
Zur Schülern  
über Skandinavie-  
lich lebenden Ost-  
großes Tiefdruck-  
den Balkan, so  
Weile beständig in  
Naumbor-  
rum von 25 Jäh-  
zum Organisa-  
ber in diesem lan-  
lich erfreut hat.

— Naumbor-  
am Montag letz-  
tball in die größte  
Sommertour und  
von einer Seiten S-  
Jett jedens des  
dann bald auf der  
erfolger Klasseme-  
Unternehmensange-  
und erneut mit  
Worte liegen. W-  
Grundstein Böhm-  
die mit angenehm  
wobei eine leinige  
Doppelquartier-  
meisters, das a-  
Gedruckt brachte; S-  
füllungen, die durch  
gearbeiteter Kompo-  
in trüfflichen Wor-  
dah der Naumbor-  
jollen das auch die  
Herr G. G. D. C.  
Rheideutschen erg-  
Die statliche Sonn-  
Verpflichtung von  
woraus. Dem Kon-  
stallische Reise, die  
Gretie der Hans.  
Vor der Sonn-  
dem Naumbor-  
bluden, wachsen u-

— Naumbor-  
veranstaltet der  
Naumbor einen Dr.  
Dr. Vogt, di-

Welt

Nach  
81)

Heimkehr zu  
Holm sich nach  
wieder ausgeto-

Ein besond-  
den rosigem Br-  
derin Sonne und  
Mint. All  
Plüden — ein  
Sohl zu neu-

Durch die  
gefängnis füh-  
in einigen Ge-

Eine hohe  
Preis, ob es  
heraus und b-

Mit dem  
langsam vorne-  
gerichtet.

Neue östliche  
Frauengefeststal-  
tungen. Die S-

Der Mann  
und stellte es

Der kleine  
beiden Grün-

München. Der deutschationale Abgeordnete Hilpert sa-  
kerte, daß seine Partei geschlossen und ohne Vorbehalt hinter  
der Reichsregierung steht und wandte sich gegen die Nationalsozialisten, die so taten, als hätten sie den National-  
sozialismus gepachtet.

## Chronik der Gewalttaten.

— In Essen wurde Bürgermeister Dr. Schäfer, der  
die Geschäfte des als Ernährungsminister in Berlin tätig-  
gen Oberbürgermeister Dr. Lüther führt, verhaftet. Er  
wurde nach Bredeney, dem Wohnsitz des Kommandierenden  
Generals, gebracht. Die Verhaftung hängt mit der  
mangelnden Lichtversorgung des Hotels Kaiserhof zu-  
sammen. Es ist zu erwarten, daß die gesamte Beamten-  
und Arbeitsschafft der Stadt Essen geschlossen die Arbeit  
niederlegen wird.

— Die Franzosen haben wieder schwere Strafen ge-  
gen deutsche Beamte verhängt. Der Oberpostdirektor Konfer vom Postamt in Würzburg wurde zu zwei Monaten  
Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe wegen „Arbeits-  
verweigerung und Aufwiegelung der Bevölkerung“ ver-  
urteilt. Postbeamter Worm aus Oberhausen wurde  
wegen „Grußverweigerung“ zu einem Monat Gefängnis und 200.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Es weitere Be-  
amte wurden zu acht Tagen Gefängnis und 100.000 Mark  
Geldstrafe wegen Grußverweigerung verurteilt.

— In Essen wurde ein 15jähriger Oberstabsarbeiter weggeführt, möbel ihm ein Unteroffizier den Revolver an die Schläfe hielt. Er wurde später durch Fußtritte und  
Schläge mit der Reitpeitsche über den Kopf mishandelt. Ein Offizier der Schupo erreichte schließlich die Frei-  
lassung des Jungen.

— Die Franzosen zeigen die Pistole statt Geld. Im  
Essener Geschäftshaus der Continental Hannover erschien drei französische Offiziere und mehrere Soldaten und verlangten Pneumatische. Auf die Frage nach der Be-  
zahlung zeigte einer der Offiziere auf seine Pistole. Die  
beiden Geschäftsführer wurden verhaftet. Einer der Ver-  
hafteten wurde vor seiner Ablösung schwer mishandelt.

— Im Herberg bei Dortmund brachen die Franzosen  
in das Postamt ein. Das Amt wurde zuerst umgestellt. Die  
Offiziere drohten Strafmaßnahmen an, wenn nicht ge-  
öffnet werde. Ein Offizier schlug eine Fensterscheibe ein,  
ließ die schwerbewaffnete Mannschaft eindringen und wies  
das Personal aus den Räumen.

— Von der Stadt Gelsenkirchen wurde eine hohe  
Entschädigung gefordert. Der französische Major verlangte  
von der Stadt 100 Millionen Mark als Sühne für den  
Zwischenfall mit den beiden Gendarmerieoffizieren. Dieses  
wurde von der Stadt abgelehnt.

— In Nachen sind die Belgier dabei, sämtliche ober-  
irdischen Telefonleitungen zu zerstören, so daß Nachen  
vollständig abgeschnitten ist. Die Verbindung mit Holland  
und Düsseldorf ist unterbrochen.

— Die Rheinlandkommission hat seit dem 15. Januar  
im absehenden Gebiet insgesamt 86 Zeitungen verbieten.

## Der Notenkrieg.

### Eine vielfagende französische Antwort.

Das französische Außenministerium übermittelte dem  
deutschen Geschäftsträger in Paris eine Note über einen  
Zwischenfall in Kirchende, in dessen Verlauf ein deutscher  
Arbeiter verwundet wurde. Die Franzosen erklärten rund-  
weg, aus der Untersuchung über diesen Zwischenfall ergede-  
net, daß die französische Wache ihre Pflicht erfüllt hat, in-  
dem sie auf einen Zivilisten schoß, der sich trotz der vorge-  
schriebenen Anruhe ihr näherte. Die Tatsache, daß in der  
Nähe der Stelle ein Knooper gefunden wurde, rechtfertige die  
Halting der französischen Wache vollkommen. — Mit dieser Aussicht dürften die Herren in Paris ziemlich  
alleinstehen, es ist aber bezeichnend, daß sie überhaupt antworten, wo sie nur irgend etwas zu sagen wissen. Die  
Ablehnung der anderen deutschen Notes kennzeichnet sich  
auch dadurch als reine Verlegenheit um eine Antwort.

Zwei deutsche Notes an die Franzosen bzw. an die  
Rheinlandkommission rechtfertigen die Einstellung der  
internationalen Schnellzüge und wahren das Recht der Re-  
gierung, der Rheinlandkommission Beschwerden über die  
sich häufenden Zwischenfälle im besetzten Gebiet vorzu-  
tragen.

## Rede Eberts in Mannheim.

Von Karlsruhe begab sich der Reichspräsident  
nach Mannheim und hielt bei einer Protestkundgebung im  
Rathaus eine neue Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Es ist möglich, daß der Gegner die Hand nach dieser  
Stadt, diesem wirtschaftlichen Brennpunkt, ausstrecken wird. Da ist es mir ein Bedürfnis, gerade in Mannheim  
im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir ohne  
Vorbehalt entschlossen und bereit sind, dem Lande und auch  
Mannheim bei allen diesen Eingriffen, bei allen Schäden,  
die daraus entstehen können, mit unserer ganzen Kraft  
brüderlich zur Seite zu stehen, zu helfen und auszugleichen.  
Ebenso sind wir fest überzeugt, daß jeder Bürger, sei er  
Industrieller, Techniker, Arbeiter und nicht zuletzt Be-  
amter, daß sie ihren Mann seien, daß sie überzeugt sind,  
daß ein solcher Kampf nur geführt werden kann, wenn der  
einzelne bereit und gewillt ist, persönlich Opfer zu bringen.

Zum Schluss betonte der Reichspräsident, daß der Ein-  
fall der Franzosen die Hoffnung rechtfertige, unser geliebtes  
Vaterland zusammenzuschweißen zu einer einheitlich  
geschlossenen Nation, zu einer Einheit, die gewollt ist, ihr  
Bestes, und wenn es sein muß, ihr Letztes an das Vater-  
land zu geben unter der Devise: „Für die deutsche Frei-  
heit, für die deutsche Zukunft!“

## Was Breitscheid sagte.

### Die Ruhrfrage und die Sozialdemokratie.

Um der Presse eroberte sich in den letzten Tagen ein  
erheblicher Meinungsauftausch über Äußerungen, die der  
bekannte deutsche Sozialdemokrat Breitscheid in Eng-  
land über die Ruhrfrage gehabt haben sollte. Er sollte be-  
sonders die Bereitswilligkeit ausgestanden haben, mit den  
Franzosen auch zu verhandeln, solange sie noch im Ruhr-  
gebiet ständen. Das Blatt „Daily News“ veröffentlichte  
zunächst eine Unterredung mit Breitscheid, in der dieser sagte,  
seine Reden hätten zu Mißverständnissen Anlaß  
gegeben. Seine Meinungen lege er nochmals dahin fest,  
daß die sozialdemokratische Partei einig sei mit den bürger-  
lichen Parteien in der Abwehr des französischen Einbruchs  
durch passiven Widerstand, aber nationalsozialistische Ge-  
walttaten zu verwerfen. Sie forderte von der Regierung,  
daß sie jede tatsächliche Möglichkeit zu Verhandlungen  
ergreife. England habe die Pflicht, einen Ver-

mittlungsbemühung zu unternehmen. Breitscheid und  
die sozialdemokratische Partei seien der Meinung, Deutschland  
müsste auch in Zukunft an Reparationen leiden, was  
es leisten könne, und zu diesem Zweck seien Groß-  
industrie und Landwirtschaft vom Staat ver-  
hinder heranzuziehen als bisher.

## Erhöhte Abzüge von der Lohnsteuer.

Am 1. März 1923.

Im Reichstag wurde eine Verordnung angenommen,  
durch die die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes  
über die Steuerermäßigungen bei der Lohnsteuer neu ge-  
regelt werden.

Die Ermäßigungen für die Steuerpflichtigen, für die  
Ehefrau und die minderjährigen Kinder werden vom  
1. März ab gegenüber der Dezemberfeststellung verdre-  
facht. Auch bei den Werbungskosten wird eine Erhöhung  
auf das Dreifache vorgeschlagen. Der Abzug von 10 %  
des Arbeitslohnes ermöglicht sich demnach für den Steuer-  
pflichtigen und seine Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung  
um je 600 Mark monatlich, für jedes minderjährige Kind  
um 300 Mark monatlich, zur Abgeltung der Werbung-  
kosten um 3000 Mark monatlich.

Eine Neuordnung bereits vom 1. Februar ab ist nach  
Ansicht des Finanzministers aus technischen Gründen nicht  
umsetzbar. Es sollen aber mit Rücksicht darauf, daß sich sonst Höhen ergeben würden, die leichter sechs  
vollen Arbeitstage im Monat Februar vom  
Steuerabzug freigelassen werden.

## Für Rhein u. Ruhr!

### VII. Quittung

über eingegangene Beiträge für die Bedürftigen  
im Ruhr- und Rheingebiet.

Erste Spende der 2ten Anabendklasse . . . . .	Mh. 2170.—
Anabendklasse 5 . . . . .	1202.—
Otto Konrad . . . . .	5000.—
S. G. B. . . . .	500.—
Schönwerk, Kaiser Wilhelmstr. . . . .	5000.—
Frieda Tramert . . . . .	200.—
Schoppe, Görkestr. . . . .	1000.—
	Mh. 15072.—
Übernahme von der letzten Quittung . . . . .	371 688.—
	Gesamtsumme Mh. 388 770.—

Die Sammlung wird fortgesetzt und bitten wir, weitere Spenden  
in der Geldstoffsammlung unseres Blattes abzugeben zu wollen. Wir  
werden darüber in obiger Weise öffentlich quittieren.

## Deutscher Reichstag.

CB. Berlin, 13. Februar.

Das Haus setzte die 2. Beratung des Haushalt des  
Reichsjustizministeriums fort. Von der sozialdemo-  
kratischen Fraktion ist eine Entschließung eingegangen, die von  
der Reichsregierung verlangt, sie solle auf die Begnadigung  
der wegen politischer Straftaten in Bayern im Jahre  
1919 und auf die Begnadigung der strafrechtlich und disziplinarisch  
wegen Teilnahme am Eisenbahnerstreik im Jahre 1922  
Verurteilten hinweisen. Werner soll die Reichsregierung die  
Einstellung der aus dem gleichen Grunde schwedenden Disziplinarverurteilten verlassen. Die Abgeordneten Brodau und  
Wegmann (U. Soz.) forderten in einer Entschließung die  
Regierung auf, die Amnestierung und Haftentlassung aller  
wegen Beteiligung an revolutionären Kämpfen oder an der  
Abwehr reaktionärer Bestrebungen Verhafteten und Verurteilten  
zu veranlassen.

Abg. Dr. Dahl (D. Volksp.) wünschte die Einstellung eines  
strafaristischen Dispositionskontos in den Justizhaushalt. Redner  
besprach hieraus die grobe Kriminalreform des Strafrechts,  
des Strafprozeßes und des Strafvollzuges. Leider habe man  
diese Reform so verzögert, bis die Novellengesetzgebung auf den  
verschiedensten Gebieten notwendig geworden sei. Schließlich  
verlangte der Redner die Aufhebung des Gesetzes zum Schutz  
der Republik.

Abg. Brodau (Dem.) protestierte zunächst gegen die vom  
französischen Militär im Ruhrgebiet begangenen Rechtsbrüche.  
Der Redner verbreitete sich dann über die Zulassung der An-  
wälte zu den Sondergerichten und Arbeitsgerichten, dann  
kritisierte er schärfer die Rechtsprechung in politischen Prozessen.  
Reichsjustizminister Dr. Heine: Der Entwurf des neuen  
Strafgesetzbuches liegt jetzt dem Kabinett vor. In dieser  
Zeit aber, wo unser Volk schwer bedroht ist, hat das Kabinett  
nicht die Zeit, diesen Entwurf mit der ausführlichen Grundlich-  
heit durchzuprüfen. Unter der Umgang der Zeit leidet auch die  
notwendige Reform des Strafgerichts. Wie der Verab-  
schiedung des Strafgerichtsgesetzes werden auch die bayerischen  
Vollgerichte mit Zustimmung der bayerischen Regierung  
verabschiedet. Wir sind in einer großzügigen Strafprozeß-  
reform begriffen.

CB. Berlin, 14. Februar.  
Die Sitzung begann mit einem Nachruf, den Präsident Löbe  
dem Abg. Vogt (Soz.) widmete, der beim Heimweg vom  
Reichstag einem Herzschlag erlegen ist. Hieraus wurde der  
11. Nachtragsetat, der die Befreiungserhöhungen enthält, dem  
Haushaltshaushalt übertragen. Eine Novelle zum Postab-  
schluß wurde in 1. und 2. Beratung angenommen. In allen  
drei Lesungen wurde alsdann ein von allen Parteien einge-  
brachter Gesetzentwurf angenommen, der die  
Erwerbslosenunterstützung vom 19. Februar ab erhöht.

Nach einer gleichzeitig angenommenen Entschließung soll die  
Erwerbslosenunterstützung für erwachsene männliche Personen  
im eigenen Haushalt 1500 Mark, für Personen unter 21 Jahren  
1100 Mark betragen. Die Familienzuschläge betragen für Ehe-  
gatten 800, für Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige  
Personen 600 Mark. In einer weiteren Entschließung wird die  
Regierung erachtet, ein Schlüsselverfahren vorzuschlagen, das als  
Grundlage für die automatische Erhöhung der Erwerbs-  
losenunterstützungslöhne dient. Nun wurde die 2. Beratung des  
Haushaltshaushalt des Reichsjustizministeriums

fortgesetzt.  
Abg. Dr. Moser (Soz.) befürchtete abfällig die Art des Straf-  
vollzuges, besonders die Behandlung des im Sonnenburger  
Zuchthause untergebrachten Vogt. Bei dieser Be-  
handlung ging er auf verschiedene Einzelheiten ein. Weiter be-  
tonnte er, daß er selbst einer Klassenfaktion in Deutschland sei vor  
dem Kriege von demselben nationalsozialistischen Abgeordneten  
Dr. Heine ausgewiesen worden, der jetzt das Amt des Reichs-  
justizministers bekleidet.

Abg. Dr. Nieder (D. Volksp.) wies darauf hin, daß noch  
den geltenden Bestimmungen der Normandie das Vermögen des  
Mündels in minderwertigen Papieren anlegen muß. Bei der  
heutigen Geldentwertung müsse das zu einer wirtschaftlichen  
Schädigung des Mündels führen. Darum sollte auf dem Wege  
der Gelehrung dem Normandie größere Freiheit in der Anlegung  
der Gelder gegeben werden. Am übrigen verlangte der  
Redner schleunige Maßnahmen gegen die immer fortwährender  
werdende Rot der Antisemitie.

Abg. Giebel (Soz.) schilderte die Notlage des Büropersonals  
der Reichskommission. Erfolgslose Bürovorleser hätten heute  
noch 20.000 bis 40.000 Mark monatlich.

Reichsjustizminister Dr. Heine erklärte die von dem Abg.  
Dr. Nieder betonte Ressortwidrigkeit einer Abwendung der Ho-  
chämmerung über die Maße des Haushaltvermögens an. Gegen-  
über dem Minister sagten die Maßnahmen des Abg.  
Dr. Heine über den Strafvollzug, wenn er bestätigt, daß jeder  
jeder größeren Anzahl ein Straftat angestellt werden solle, und  
soziale Maßnahmen für Fluchtstrafen publiziert. Werner beschuldigte  
den Minister mit dem Vorwage, dem Stand der deutschen  
Rechtsanwaltschaft hilfe zu kommen. Allgemeine Vereinbarungen  
von Rechtsanwälten, wonach sie sich gegenseitig verpflichten,  
höhere Gebühren zu nehmen, sind unzulässig. Das Verhältnis  
zwischen Anwälten und Angestellten ist ein Vertrauensverhältnis,  
doch haben wir stets auf eine gänzliche Einigung in  
dieser Beziehung hingearbeitet.



**O Russische Hungersnot.** Die Sovjetpresse veröffentlicht einen Aufruf, wonin die Bevölkerung auf neue und Verstärkung der Hungerspenden aufgefordert wird. Die Zahl der unterstellten Wirtschaften in der Sowjetrepublik (die Ukraine nicht mitgerechnet) betrage noch über 100 000; 42 % der Wirtschaften seien ohne Werbe. Die Zahl der obdachlosen Kinder allein im Wolgagebiet werde auf fast drei Millionen geschätzt.

**Eisenbahnkatastrophen.** Nach einer Meldung aus Konstantinopel stürzte eine Eisenbahnbrücke auf der Strecke Smyrna—Angora, als sie von einem Güterzug befahren wurde, zusammen. Acht Waggons stürzten in den Fluss. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt. — Ein Expresszug aus Schottland ist wie man aus London berichtet, infolge des Rebells in einen Güterzug gesunken. Der Mechaniker und der Zugführer wurden getötet, der andere Zugführer schwer verletzt.

#### Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Im Alter von 78 Jahren ist der Dichter und Historiograph Dr. Alfred Friedmann gestorben. Er hat sich als Dramatiker und Erzähler, als Reisebeschreiber und Kritiker verkehrt.

Berlin. Die schwer nerverleidende Frau eines Sattlers namens Wilde warf ihr ein Jahr altes Mädchen aus einem Fenster der im vierten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße; das Kind war sofort tot.

Berlin. Nach neunjähriger Pause wurde hier zum erstenmal wieder eine mit weibannischen Trophäen reich geschmückte Jagdausstellung eröffnet.

Reykjavík. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, ist der Hauptplatz Argentiniens einem Riesenbrand zum Opfer gefallen.

#### Börse und Handel.

##### Abschermittwoch an der Berliner Börse.

Die Mittwoch-Börse in Berlin widerte sich unter Erklungen ab, die soft die Bezeichnung dieses Tages als eines „schwarzen“ rezipierten. Die mit den bekannten Gründen bisher erklärte Abwärtsbewegung des Vol-

ks am Dienstag. Morgens setzte der Teller nach mit 26 000 bis 25 000 ein, um im weiteren Verlaufe des Tages auf 22 500 bis 23 000 zu weichen und bei Börsenschluß amlich mit 23 441,25 zu enden. Die übrigen fremden Devisen folgten, Polen sanken auf 58 und Österreich auf 30. Deßgleichen schlossen sich die Effekte dem allgemeinen Niedergang an, besonders bei sog. schweren Wertpapieren gab es Abstriche bis zu 100 000 %. Das unter diesen Umständen die Erregung unter den Börsenbesuchern ziemlich heftig war und vielfach zu einer wirklichen Abschermittwochstimmung wurde, ist ohne weiteres klar.

\* Über 2½ Millionen Reichsbanknoten. Der leichte Rückzug der Reichsbank läßt erkennen, daß die gewaltige Inanspruchnahme der Bank sich in der ersten Februarwoche mit ungetrockneter Staute fortgesetzt hat. Der Banknotenumlauf wurde um 288,5 Milliarden Mark auf 2288 Milliarden Mark.

\* Die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland. Der Tempus meldet, daß den Statistiken des Board of Trade zu folge England im Laufe des Januar 521 000 Tonnen Kohle nach Deutschland ausgeführt hat, gegen 147 000 Tonnen im Januar des Vorjahres.

#### Aus dem Gerichtsaal.

**Gesleidigung des Reichspräsidenten.** Vor einer Berliner Strafkammer hatte sich der Kaufmann Christian Sieb wegen Gesleidigung des Reichspräsidenten zu verantworten. Er soll eines Tages, als er in seine amtierter Sitzung mit einem Bekannten, dem früheren Kapitänleutnant Marby, der Kommandant von „U 3“ gewesen war, vor einem Frühstücksvon kam, auf der Straße gesagt haben: „Nieder mit der Sozialrepublik! Der größte Scheiter, der Reichspräsident Ebert, sitzt oben!“ Das Gericht kam zur Preisprechung des Angeklagten, mit der Befürchtung, daß er einzige Verteidigung, ein Arbeiter namens Rahlert, nicht gebildet genug sei, um den Inhalt eines Gepläckes genau wiederzugeben.

**H vom Polizeipräsidenten zum Buchdrucker.** Das Münchener Landgericht verurteilte den Druckerei Hans Doisch, der zur Zeit der Räterepublik Polizeipräsident von München war, wegen Diebstahl und Schlägerei zu 6½ Jahren Buchdruck und zehn Jahren Ehrenverlust.

**Zweimal zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Köln verurteilte den Arbeiter Peter Dierckens aus Düsseldorf wegen Mordes in zwei Fällen in Verbindung mit schwerem Raube und schwerem Diebstahl zweimal zum Tode und zu drei Jahren Buchdruck.

#### Kirchennachrichten.

**Dom. Innsbruck. (Festsonntag)**

Vorm. 1/10 Kindergottesdienst in der Kirche. — Vorm. 1/11 Gottesdienst — Abendmahl. Kollekte für die evangelische Volksprese.

Reaktion: Robert Götz. Druck und Verlag Götz & Sohn in Rosenholz

M

Albrechtshain,

Gründe  
für den  
einzel, da  
Streich ob  
der

Nummer 2

Den umlage  
berichtet zur Kennin  
bis 15. April 1923  
(vert. Reichspräsident  
10 vom 12. Februar

Grimm, der

Der

In der geste  
reites ist folgendes  
1. Von der  
sie Naunhof, na  
bon, daß die b  
Dahlen übertragen  
der Kreischaupar  
meine Feststellung  
Würgemann entflo

2. Von einer  
in der Ausstellung  
bereits früher ange  
werden.

3. Einer Sc  
in Naunhof beding

4. In einem  
Übernahme der T  
schließung erfolgt  
heit namentlich von  
von der vorliegenden  
Rennsteig. Eine Be  
soll durch den Aus

5. Zu dem  
an das Wasserleitung

6. Ein Nach  
steuer für das Rad  
auf 10000 Mk. für  
genommen.

7. Den Bild  
der Stadtverordne

8. Die Bild  
nom 14. 3. wurde  
die Bezahlung der  
fiktiven Rennsteig  
für die Beamten u  
bührung der Arbeit  
Görlitzer Gemeinde  
meinschaftswelt, die  
freimülligen Feuer  
Sommerfeldspiele für  
Kinder, die die  
Ortsgruppen über 2  
zu einem Gelach  
bindung von der  
Flüchtlingsammlung  
zu dem Ortsgemei

9. Die Bild  
genehmigt. Sie i  
zum Belasten für die  
Ausbeutung des  
Fonds, die Rennsteig  
bodes und der R  
Grundstücke Schu  
der Wölfe, Wald  
Erfahrungsfahrzeuge,  
Hausentferungen  
Ermittlungen we  
Leipzig und Erfurt

10. Man na  
mittelst obdrückli  
plingers Herrn Br  
Hierauf nac  
Naunhof, am 16

11. Die Bild  
genommen.

12. Der Reichs  
der deutschen Ba  
Bundes.

13. Der Reichs  
kommen, in der  
Einigung der Renn

14. In London  
nächsten Tage ei  
Vorstand in L

15. Vor dem R  
ößliche Staatsan  
bürgermeister Ha  
der Richtabgabe

16. Die Bild  
Berg- und die  
Trotz die Heim  
seiner Freunde  
vom Leibniz der  
die lieber Wohl  
Franzosen Hilfe  
gibt zu hel  
gen Welt zufa

17. Man verga  
gebe, Arbeitern  
die das schwie  
hat. Beamte d  
Böhmen, die der  
fammen verflucht  
genationen. De

L

Deutschland

Berg- und die  
Trotz die Heim  
seiner Freunde  
vom Leibniz der  
die lieber Wohl  
Franzosen Hilfe  
gibt zu hel  
gen Welt zufa

18. Man verga  
gebe, Arbeitern  
die das schwie  
hat. Beamte d  
Böhmen, die der  
fammen verflucht  
genationen. De

19. Der Reichs  
Bundes.

20. Der Reichs  
Bundes.

21. Der Reichs  
Bundes.

22. Der Reichs  
Bundes.

23. Der Reichs  
Bundes.

24. Der Reichs  
Bundes.

25. Der Reichs  
Bundes.

26. Der Reichs  
Bundes.

27. Der Reichs  
Bundes.

28. Der Reichs  
Bundes.

29. Der Reichs  
Bundes.

30. Der Reichs  
Bundes.

31. Der Reichs  
Bundes.

32. Der Reichs  
Bundes.

33. Der Reichs  
Bundes.

34. Der Reichs  
Bundes.

35. Der Reichs  
Bundes.

36. Der Reichs  
Bundes.

37. Der Reichs  
Bundes.

38. Der Reichs  
Bundes.

39. Der Reichs  
Bundes.

40. Der Reichs  
Bundes.

41. Der Reichs  
Bundes.

42. Der Reichs  
Bundes.

43. Der Reichs  
Bundes.

44. Der Reichs  
Bundes.

45. Der Reichs  
Bundes.

46. Der Reichs  
Bundes.

47. Der Reichs  
Bundes.

48. Der Reichs  
Bundes.

49. Der Reichs  
Bundes.

50. Der Reichs  
Bundes.

51. Der Reichs  
Bundes.

52. Der Reichs  
Bundes.

53. Der Reichs  
Bundes.

54. Der Reichs  
Bundes.

55. Der Reichs  
Bundes.

56. Der Reichs  
Bundes.

57. Der Reichs  
Bundes.

58. Der Reichs  
Bundes.

59. Der Reichs  
Bundes.

60. Der Reichs  
Bundes.

61. Der Reichs  
Bundes.

62. Der Reichs  
Bundes.

63. Der Reichs  
Bundes.

64. Der Reichs  
Bundes.

65. Der Reichs  
Bundes.

66. Der Reichs  
Bundes.

67. Der Reichs  
Bundes.

68. Der Reichs  
Bundes.

69. Der Reichs  
Bundes.

70. Der Reichs  
Bundes.

71. Der Reichs  
Bundes.

72. Der Reichs  
Bundes.

73. Der Reichs  
Bundes.

74. Der Reichs  
Bundes.

75. Der Reichs  
Bundes.

76. Der Reichs  
Bundes.

77. Der Reichs  
Bundes.

78. Der Reichs  
Bundes.

79. Der Reichs  
Bundes.

80. Der Reichs  
Bundes.

81. Der Reichs  
Bundes.

82. Der Reichs  
Bundes.

83. Der Reichs  
Bundes.

84. Der Reichs  
Bundes.

85. Der Reichs  
Bundes.

86. Der Reichs  
Bundes.

87. Der Reichs  
Bundes.

88. Der Reichs  
Bundes.

89. Der Reichs  
Bundes.

90. Der Reichs  
Bundes.

91. Der Reichs  
Bundes.

92. Der Reichs  
Bundes.

93. Der Reichs  
Bundes.

94. Der Reichs  
Bundes.

95. Der Reichs  
Bundes.

96. Der Reichs  
Bundes.

97. Der Reichs  
Bundes.

98. Der Reichs  
Bundes.

99. Der Reichs  
Bundes.

100. Der Reichs  
Bundes.

101. Der Reichs  
Bundes.

102. Der